

James N. Retallack, *Notables of the Right. The Conservative Party and Political Mobilization in Germany, 1876–1918*, Unwin Hyman, London 1988, 302 S., hbd., o. P.

Die politischen Bewegungen im deutschen Kaiserreich sind in der Vergangenheit mit wechselnden Fragestellungen und unterschiedlichen methodischen Zugangsweisen untersucht worden. Standen in den 1950er und frühen 1960er Jahren noch ideen- und organisationsgeschichtliche Themen im Vordergrund, so konzentrierte sich die Forschung mit dem Aufkommen einer kritischen Sozialgeschichtsschreibung in den 1970er Jahren vornehmlich auf die Analyse des politischen Systems und der gesellschaftlichen Eliten. In kritischer Absetzung dazu hat die Sozialgeschichte der politischen Bewegungen seit Ende der 1970er Jahre die Massen selbst in den Vordergrund gerückt. Neuere Arbeiten zur Parteiengeschichte versuchen nun, die Perspektive »von oben« mit der »von unten« zu verknüpfen. Dabei konnte gezeigt werden, wie stark besonders im deutschen Fall regionale Besonderheiten in Verbindung mit sozialen, ökonomischen und religiösen Faktoren das politische Verhalten der Bevölkerung beeinflusst haben. Der Konservatismus ist dabei im Vergleich zu den mit ihm konkurrierenden politischen Bewegungen noch schlecht erforscht; die Konservatismus-Forschung läßt sich demzufolge auch nur bedingt in die jüngsten Trends der Parteienforschung einordnen. Sie konzentrierte sich in der Vergangenheit auf die agrarischen Interessenverbände (Puhle, Flemming), die nationalistischen pressure groups (Eley, Chickerling) und auf eine radikale, bisweilen auch als »protofaschistisch« bezeichnete Rechte im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs (Stegmann, Peck).

Retallacks Buch über die Deutsch-Konservative Partei verknüpft auf gelungene Weise die älteren organisationsstrukturellen Ansätze mit den neueren sozialgeschichtlichen Fragestellungen. Es beschreibt die Herausbildung der Parteiinstitutionen im Zentrum und an der Basis, in den Einzelstaaten und in den einzelnen Regionen und analysiert soziale Trägerschichten sowie politische Ziele der Deutsch-Konservativen und ihre Umsetzung im politischen Alltag. Das Material für diese Arbeit hat Retallack in zahlreichen staatlichen und privaten Archiven zusammengetragen; es wird von einer Fülle gedruckten Quellenmaterials konservativer Provenienz ergänzt. Daraus ist ein Buch entstanden, das nicht nur eine kondensierte Geschichte der Deutsch-Konservativen Partei im Kaiserreich ist, sondern auch die mit der Partei kooperierenden oder konkurrierenden Gruppierungen der Rechten mit einbezieht und ihren gemeinsamen Einfluß auf die deutsche Politik zwischen Reichsgründung und Weltkrieg diskutiert.

Die Gründung der Deutsch-Konservativen Partei im Jahre 1876 war kein Bruch mit den alten Traditionen. Nach außen hin hatte die Partei unter der Führung Helldorffs nicht zu Unrecht mit dem Image zu kämpfen, die Partei der preußischen Junker zu sein. Dies hat den Aufbau regionaler Parteiorganisationen außerhalb Preußens erheblich erschwert. Politisch standen die 1870er Jahre für die Konservativen im Zeichen der Auseinandersetzung mit Bismarcks deutscher Politik. Der Krieg mit Österreich hatte bereits 1866 zu einem politischen Interessenkonflikt geführt. Mit Ausbruch des Kulturkampfes, der auch den preußischen Protestantismus zu schwächen schien, und der Einführung der Kreisordnung von 1872, die die Macht der Junker im eigenen Haus unterminierte, war der Graben zwischen Bismarck und den Konservativen noch tiefer geworden. Vor diesem Hintergrund beschreibt Retallack detailliert die Bemühungen der Konservativen um eine organisatorische Konsolidierung der Partei. Zwar gelang es den Konservativen in den 1870er Jahren, ihre parlamentarische Präsenz im Reichstag zeitweilig auszubauen, doch blieb die Organisation der Partei auf Reichsebene schwach entwickelt. Den Grund dafür sieht Retallack im Beharren auf den altkonservativen Idealen.

Das Sozialistengesetz von 1878 und die Einführung der Schutzzölle ein Jahr später führten die Konservativen wieder näher an Bismarck heran. Ihre Einbindung in ein antisoziali-

stisches Bündnis, zusammen mit den Nationalliberalen und Freikonservativen, begründete nach Retallack für die Partei aber ein Dilemma: »Bismarck's Kartell strengthened the Conservatives at the polls, and in parliament it allowed them to translate some of their Christian, national and authoritarian ideals into practical policy. But at the same time reliance on the Kartell hindered the development of more effective means to mobilize the masses.« (S. 34)

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen in den 1880er Jahren entzündeten sich an Helldorffs Strategie, mit Bismarck zu einem Ausgleich zu kommen. Sowohl die Christlich-Soziale Partei Stöckers als auch die Kritiker um die »Kreuzzeitung« versuchten, neue soziale Gruppen, besonders die protestantische Arbeiterschaft und den bedrohten Mittelstand, für die Konservativen zu gewinnen. Programmatisch führte dies zu einer Radikalisierung anti-liberaler und anti-kapitalistischer Positionen. Stöckers Ambitionen, eine Volkspartei auf der Rechten zu installieren, bedeuteten für die Führungsriege der Partei eine Herausforderung. Sie verstärkte deshalb in den 1880er Jahren die Bemühungen, den organisatorischen Ausbau der Partei an der Basis voranzutreiben. Vor allem hinsichtlich der zahlreichen Neugründungen von konservativen Vereinen und Publikationsorganen in den Einzelstaaten bringt Retallacks Buch eine Fülle neuer Details, die zusammengenommen die schon ältere Auffassung bestätigen, daß sich die Konservativen in den süd- und mitteldeutschen Einzelstaaten als politische Kraft nicht behaupten konnten. Wahlerfolge verbuchten die Konservativen zwischen 1881 und 1887 vornehmlich in Preußen, Sachsen und Mecklenburg.

Bismarcks Sturz und Caprivis »Neuer Kurs« lösten in den Reihen der Deutsch-Konservativen eine Revolte gegen die alte Führung um Helldorff aus und stärkten die Christlich-Sozialen um Stöcker. Der Tivoli-Kongress 1892 veränderte das programmatische Profil der Partei; mit antisemitischen Zusätzen wurde vergeblich versucht, aus der Partei der »notables« eine Volkspartei zu machen. Wie Massen für die Konservativen zu mobilisieren waren, zeigte sich schon ein Jahr später mit der Gründung des »Bundes der Landwirte«. Zwar opponierten der sozial-konservative Flügel um die Kreuzzeitung wie die Alt-konservativen um Manteuffel gegen eine Politik, die lediglich auf die Verteidigung ökonomischer Interessen zielte. Dies änderte jedoch nichts an der Tatsache, so Retallack, daß sich mit Aufkommen des BdL auch das Gesicht der Deutsch-Konservativen Partei veränderte. »The BdL pushed the Conservative Party towards new conceptions of a völkisch, authoritarian, expansionist state.« (S. 110) Das Verhältnis zwischen konservativer Partei und den radikalen Agrariern blieb in der Folgezeit spannungsgeladen. Unfähig, sich für die Mobilisierung der Massen zu entscheiden und damit ihren Einfluß als Elite aufzugeben, pendelten die Deutsch-Konservativen zwischen 1886 und 1909 in den Auseinandersetzungen um den Mittellandkanal, die Revision der Caprivischen Handelsverträge und die Reichsfinanzreform zwischen einem agrarischen Radikalismus und einem moderaten Etatismus hin und her. In den außenpolitischen Vorstellungen der Partei, die Retallack zu knapp abhandelt, zeigte sich ein ähnlich indifferentes Bild. Die wilhelminische Weltpolitik mit ihren ambitiösen Flottenprogrammen stand den traditionellen Prinzipien konservativer Politik entgegen; sie wurde von den Konservativen nur zögernd und aus taktischen Gründen unterstützt.

Die Konservativen waren eine Partei von »Parlamentariern wider den Parlamentarismus«. Diese Ambivalenz prägte Programmatik, Organisation und soziales Profil der Partei. Die wiederholten Versuche, das allgemeine und gleiche Wahlrecht auf Reichsebene mit Einführung eines Reichsoberhauses zu konterkarieren, scheiterten ebenso wie die Bemühungen, in größerem Umfang mittelständische Schichten zu integrieren. Retallacks umsichtige Analyse der innerparteilichen Entwicklung in den verschiedenen Bundesstaaten und preußischen Provinzen macht deutlich, daß eine konservative Volkspartei eine politische Fiktion blieb. Immerhin gelang der Partei der Aufbau eines flächendeckenden Ver-

einsnetzes, die Einrichtung zahlreicher Geschäftsstellen und die Gründung konservativer Presseorgane. Das soziale Spektrum der Mitglieder und Wähler verbreiterte sich dadurch aber nicht. Der grundbesitzende Adel blieb die dominierende soziale Schicht in den Fraktionen und in den Wahlvereinen vor Ort. Nur in den west- und süddeutschen Regionen gelang es vereinzelt, Vertreter des alten und neuen Mittelstandes für die Partei zu gewinnen. Wegen fortdauernder Mängel in Organisation und Öffentlichkeitsarbeit gingen die politischen Initiativen seit etwa 1910 im wesentlichen von der Berliner Parteiführung um Heydebrand und Westarp aus. Mit dem Aufkommen nationalistischer pressure groups in den Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges geriet die Deutsch-Konservative Partei vollends in die politische Defensive; in den Kriegsjahren setzte sich dieser Trend verstärkt fort. Retallacks Buch über die Deutsch-Konservative Partei ist deshalb im Ergebnis die Geschichte einer gescheiterten Politik. »Conservatives failed to keep pace with the accelerating tempo and sophistication of political activity pursued by the other parties and interest groups.« (S. 193)

Den Abschluß dieses lesenswerten Buchs bildet ein umfänglicher Anhang, der u. a. Übersichten über Struktur und Führungspersonal der Partei, soziale Zusammensetzung der Fraktionen im Reichstag und preußischen Abgeordnetenhaus und, besonders hervorzuheben, eine Zusammenstellung der konservativen Vereine in den Einzelstaaten enthält.

Wolfgang Schwentker, z. Zt. Oxford

Kees Gispén, *New Profession. Old Order. Engineers and German Society, 1815–1914*, Cambridge University Press, Cambridge etc. 1989, 375 S., hbd., 32,50 £.

Kees Gispén will mit dem vorliegenden Werk die Entwicklung des Ingenieurberufes von 1815–1914 aufzeichnen. Als »Ingenieure« bezeichnet er dabei alle, »who described themselves as *Ingenieure* or as *Techniker* and who were overwhelmingly active in the private sector in mechanical specialties.« (S. 9) Die Arbeit bezieht sich also auf Ingenieure, die in der Maschinenbau-Industrie beschäftigt waren und damit auf die Gruppe der Maschinenbau-Ingenieure. Die Anerkennung als Profession wurde, so Gispén, zum einen durch die vorindustriellen Maßstäbe der älteren, nichttechnischen Professionen behindert, zum anderen durch die kapitalistische Entwicklung seit 1880. Während der VDI in der ersten Phase unter Führung der dort organisierten Hochschullehrer die Akademisierung der Ingenieursausbildung durch Statusanhebung der höheren technischen Fachschulen zu Polytechniken und Technischen Hochschulen vorantrieb, verstärkten die Unternehmer im VDI mit zunehmender Industrialisierung ihren Einfluß in Hinblick auf praxisbezogenere Lehrinhalte an den Technischen Hochschulen (u. a. Praktikum vor der Ausbildung, Einrichtung von Laboren). Die Antwort der Ingenieure auf die Herausforderungen der zweiten Phase war unterschiedlich. Die Unternehmer, im VDI und im Deutschen Ausschuß für Technisches Schulwesen tonangebend, stimmten einer Aufsplitterung der Ingenieursausbildung zu, um mit den Absolventen des mittleren und niederen technischen Schulwesens (höhere und niedere Maschinenbauschulen) billige Spezialisten für die Industrie zu bekommen. Eine Überfüllung des Arbeitsmarktes kam ihnen eher entgegen als dem stetig wachsenden Heer der abhängig beschäftigten Ingenieure. Deren Interessen vertrat der Bund der technisch-industriellen Beamten (BtiB, gegr. 1904), der die Interessen *aller* technischen Angestellten oberhalb der Werkmeisterebene ohne Ansehen des Bildungsgrades für alle in Frage kommenden Industriezweige vertrat. Dieses eher gewerkschaftliche Konzept erschöpfte sich nicht nur in der Forderung nach unmittelbaren finanziellen Verbesserungen. Gispén sieht in den Vorstellungen des BtiB von Autonomie, Garantien und Privilegien eine mit gewerk-